Außer der Reihe

*Der Essay »Das Geschlecht vor dem Recht vor der Sprache«, den wir im Folgenden abdrucken, stammt aus dem Nachlass von Brigitte Rauschenbach, die am 14.12.2018 gestorben ist. Wir danken Gerhard Wehland, ihrem Mann, dafür, dass er ihn uns überlassen hat. Wir wünschen, dass die Lektüre ihr Denken und die Erinnerung an sie lebendig erhalten möge. Ihre Positionen in Gesprächen und Diskussionen im Freundes- und Kolleg*innenkreis waren anregend und oft herausfordernd. Hier wirkte sie lebhaft, lachend, leidenschaftlich.*

Denken war für Brigitte Rauschenbach kritische Auseinandersetzung mit vorgefundenen Verhältnissen und Erkenntnissen. So sind in zahlreichen Aufsätzen und Monographien Beiträge zur »Zeitdiagnose« entstanden, die zum Nach- und Weiterdenken Anstoß geben. Sie hat sich selbst immer als Grenzgängerin zwischen den Disziplinen Philosophie, politische Wissenschaften und politische Psychologie verstanden. Und sie hat die, wie sie in ihrem Essay sagt, »schöpferische Freiheit des Grenzgängertums« in breitem Umfang genutzt. Das Spektrum ihrer Arbeiten reicht von der Geschlechterforschung, politischen Philosophie, politischen Psychologie über Mentalitätsgeschichte und Erinnerungspolitik bis zur Frankreichforschung. Sie war mutig und ausdauernd in der Art, in der sie ihre Gegenstände anging und ließ sich dabei von keinem Mainstream vereinnahmen. Auch in Fragen der Geschlechterforschung war sie häufig eine Querdenkerin, wie sich dem Essay unter anderem entnehmen lässt.

Prof. Dr. Brigitte Wehland-Rauschenbach war von 2001 bis 2007 Professorin für Politische Theorie und Geschlechterfragen am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Sie war Mitbegründerin und Herausgeberin des sozialwissenschaftlichen Gender-Portals »gender-politik-online«. Zu ihren Buchveröffentlichungen gehören u. a.: Der Geist der Geschlechter oder (frei nach Montesquieu) über die Beziehung, in der die Geschlechterordnung zur Verfassung eines Landes, Kultur, Religion, Wirtschaft, zum internationalen Austausch, zu Kriegen und Revolutionen steht, Sulzbach / Ts. 2017; Der Traum und sein Schatten. Frühfeministin und geistige Verbündete Montaignes: Marie de Gournay und ihre Zeit, Königstein / Ts. 2000; Politische Philosophie und Geschlechterordnung, Frankfurt am Main 1998; Deutsche Zusammenhänge. Zeitdiagnose als politische Psychologie, Zürich und Osnabrück 1995; Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten. Zur Psycho-Analyse deutscher Wenden, Berlin 1992; Nicht ohne mich. Vom Eigensinn des Subjekts im Erkenntnisprozess, Frankfurt a. M. 1991.

Die Redaktion

Brigitte Rauschenbach

Das Geschlecht vor dem Recht vor der Sprache

Das Gleichstellungsgebot und die Bio-Logik

In der Geschichte der Bundesrepublik haben sich Gleichstellungsfragen trotz aller gebotenen Eile stets mit Weile gestellt. Schon der Verfassungsgrundsatz in Artikel 3 Abs. 2, wonach Männer und Frauen gleichberechtigt sind, wurde 1949 auf Initiative der sozialdemokratischen Abgeordneten Elisabeth Selbert nur gegen massiven Widerstand der älteren Herrschaften ins Grundgesetz aufgenommen, ließ sich mit der Umsetzung dann aber Zeit. Die junge, vorgeblich geläuterte und moderne Bundesrepublik hielt am Leitbild der Hausfrauenehe und des männlichen Ernährers unverdrossen fest. Das Gesetz, wonach ein Ehemann seiner Ehefrau eine Berufstätigkeit untersagen konnte (sofern sie nach seiner maßgeblichen Auffassung dadurch ihre Pflichten in Ehe und Familie verletzte), wurde erst Jahrzehnte später unter dem Druck der neuen Frauenbewegung mit der Eherechtsreform 1976 durch eine sozialliberale Regierung getilgt. An der skandalösen Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen, die bis heute vielfach nur teilzeitbeschäftigt und später Kleinrentnerinnen sind, änderte dies wenig. Wieder vergingen Jahre, bis Bundestag und Bundesrat sich nach der Vereinigung der frauenpolitisch ungleich aufgestellten deutschen Nachkriegsrepubliken 1994 dazu durchringen konnten, in Ergänzung von Art. 3 Abs. 2 »die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern« zu fördern und »auf die Beseitigung bestehender Nachteile« hinzuwirken. Dennoch sah sich die Bundesregierung nur aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs von 2012 schließlich genötigt, Unisex-Tarife bei neu abgeschlossenen Versicherungsverträgen umzusetzen.

Das sind lediglich einige Punkte und Etappen in der Geschichte der nachkriegsdeutschen Geschlechtergleichstellung. Viel zu lange hat die männlich dominierte Politik (keineswegs nur in Deutschland) gebraucht, um anzuerkennen, dass wo immer eine Gesellschaft individuelle Selbstbestimmung erlaubt und zur Richtschnur ihres demokratischen Zusammenlebens macht, männlich oder weiblich zwar zum kulturellen Repertoire an Verhaltensweisen, Eigenschaften und Tätigkeitsprofilen gehört, auf das Menschen nach Bedarf (oder Gewohnheit) zurückgreifen können, aber nicht müssen. Niemand ist (bei uns) von Rechts wegen dazu verurteilt, sich ein traditionell aus der Natur abgeleitetes soziales Geschlecht dauer-

haft überstülpen zu lassen. Daher müssen Frauen in ihrem Verhalten ebenso wenig weiblich wie Männer männlich und die Berufswahl und Lebensperspektiven für beide Geschlechter gleichermaßen offen sein. Auch das gehört zum Kern einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Menschlichkeit in Freiheit für alle hat in ihr oberste Priorität. In Frage stand dabei allerdings nie, dass die Forderung nach Gleichstellung die Veränderung der sozialen und politischen Rechte, Rollen und Pflichten biologischer Männer und Frauen betraf. Die Politik zeigte der Biologie *zu Recht* ihre Grenzen. Aber in diesen Grenzen galt der biologische Sachverhalt: Es *gibt* Männer und Frauen. In diesem Sinn existierte das Geschlecht vor dem Recht.

Nach dem langwierigen, mehrere Generationen begleitenden und immer wieder von Frauenverbänden und unseren europäischen Nachbarn angestoßenen deutschen Reformprozedere wirkten zwei Entscheide des Jahres 2017 nun wie höchstinstanzlich angezettelte Umsturzversuche in der Logik der Geschlechter. Jedenfalls hatte das Recht die Geschlechterfrage jählings auf die Tagesordnung gesetzt. Ende Juni 2017 beschloss der Bundestag die Ehe für alle, nämlich auch gleichgeschlechtliche Paare, die sich nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz von 2001 zwar verpartnern, doch nicht heiraten durften. Damit wurde zwar nicht die Natur zweier Geschlechter, aber das eherne Gesetz eines gleichsam durch die Schöpfung verordneten Bundes zwischen Mann und Frau in Abrede gestellt. Da die Ehe schon immer ein Rechtsinstitut und somit von der Kirche und/oder vom Staat eingesetzt war, ist die nun vorgenommene Ergänzung, die ein unvordenklich gewordenes Gewohnheitsrecht bricht, für viele befremdlich, in einer permissiven Gesellschaft mit säkularer Sexualmoral aber doch konsequent. Der Aufschrei hielt sich dementsprechend bis in konservative Kreise hinein in Grenzen. Das Gesetz ist seit dem 1. Oktober 2017 in Kraft.

Nur zehn Tage später machte der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts aktenkundig: Es gibt nicht nur zwei Geschlechter. Das ist etwas anderes und grundstürzender als die gesetzliche Ausweitung des Eheinstituts. Die Hüterinnen und Hüter unserer Verfassung wagten erstaunlich unbekümmert ums klassische Menschenbild eine quasi kopernikanische Wende: »Das Grundgesetz gebietet nicht, den Personenstand hinsichtlich des Geschlechts ausschließlich binär zu regeln« (BVerfG 2017a).¹ Binär hieß bis-

¹ »Das Grundgesetz gebietet nicht, den Personenstand hinsichtlich des Geschlechts ausschließlich binär zu regeln. Es zwingt weder dazu, das Geschlecht als Teil des Personenstandes zu normieren, noch steht es der personenstandsrechtlichen Anerkennung einer weiteren geschlechtlichen Identität jenseits des weiblichen und männlichen Geschlechts entgegen. Dass § 22 Abs. 3 PStG keine *dritte* Möglichkeit bietet, ein Geschlecht positiv in das Geburtenregister eintragen zu lassen, lässt sich nicht mit Belangen Dritter rechtfertigen. Der Status personenstandsrechtlicher Männer und Frauen bleibt durch die Eröffnung einer weiteren Eintragungsmöglichkeit unberührt. Dies gilt auch für die Personen

lang naturbegrifflich: Menschen existieren als Mann oder Frau. *Tertium non datur* – das schien eine Frage der Bio-Logik zu sein, der die Gesetzgebung unbeirrt folgte. Nunmehr behauptet das höchste Gericht, das Grundgesetz verlange eine binäre Regelung des Personenstandes *nicht*. Der Personenstand könne daher Weiteres enthalten, und dieses »weitere Geschlecht« geht dem Recht nicht voran, sondern ist eine Funktion und Folge der Gesetzgebung. Der Befund ist ein absolutes Novum, schafft er doch die Geschlechter nach Vorgaben des Rechts.² Wie Geburt oder Tod war das Geschlecht dem Gesetz bislang unverfügbar und wurde im Geburtenregister lediglich als Datum erhoben und damit amtlich bezeugt. Wie Ehe oder Scheidung wird eine personenstandliche Erweiterung des Geschlechts aufgrund von Gesetzen aber überhaupt erst möglich und als *Creatio ex Nihilo* dauerhaft konstruiert. Das höchste Gericht der Bundesrepublik Deutschland sprach Recht für ein weiteres (und insofern drittes) Geschlecht, das durch einen Gesetzesakt die Gestalt eines rechtschaffenen Homunkulus annimmt. Das ist das, was der Volksmund ein starkes Stück nennt. Bundesregierung und Bundestag haben nichtsdestotrotz in einem guten Jahr ihre Hausaufgaben erledigt. Am 01.10.2018 erfolgte im Bundestag die erste Lesung des vom zuständigen Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat vorgelegten Gesetzesentwurfs. Am 14.12.2018 wurde das Gesetz verabschiedet.

Jahrtausendlang hatten Frauen scheinbar aufgrund ihrer Natur, in Wirklichkeit aber aufgrund der männergemachten Gesetze andere Rechte, Pflichten und Lebensperspektiven als Männer. Schon hier hat das Recht als Recht des Stärkeren Frauen in die Rolle von bloß reproduktiven schwachen ungebildeten Mängelwesen gedrängt und Männern die Rolle von starken produktiven vernunftbegabten Machthabern vermacht. Nun räumte das Verfassungsgericht mit seinem Beschluss vom 10. Oktober 2017 explizit ein, dass das Geschlecht vom Votum des Gesetzgebers und dessen kategorialen Bestimmungen abhängig ist. Ein gutes Jahr bekam der deut-

mit Varianten der Geschlechtsentwicklung, die sich selbst gleichwohl dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zuordnen, entsprechend registriert sind und sein wollen. Durch die bloße Eröffnung der Möglichkeit eines weiteren Geschlechtseintrags wird niemand gezwungen, sich diesem weiteren Geschlecht zuzuordnen. Die Ermöglichung eines weiteren Geschlechtseintrags vermehrt die Optionen von Menschen mit einer Variante der Geschlechtsentwicklung, die über den Eintrag als Mann oder Frau nicht abgebildet wird, ohne ihnen Möglichkeiten zu nehmen, die das Recht bislang bietet. In einem Regelungssystem, das Geschlechtsangaben vorsieht, müssen die derzeit bestehenden Möglichkeiten für Personen mit Varianten der Geschlechtsentwicklung, sich als weiblich oder männlich oder ohne Geschlechtseintrag registrieren zu lassen, erhalten bleiben.«

² Es gibt zwar einige Länder wie Australien, Kanada, Kolumbien, Argentinien, Malta, Neuseeland, Dänemark, Bangladesch, Indien, Nepal, Pakistan, in denen ein Eintrag »X« in Pässen gültig ist. Allerdings steht X nicht für ein weiteres Geschlecht, sondern für unbestimmt – eine sehr pragmatische Lösung.

sche Bundestag Zeit, um sich einen weiteren Personenstand auszudenken: Das ist ein performativer Akt *par excellence*, der das Weltbild der Vergangenheit mit einem verfassungsrichterlichen Beschluss außer Kraft setzt. An die Stelle der Vorstellung einer natürlichen Binarität tritt das Kunststück einer rechtlich verordneten Trinität. Kant hatte es einst als Revolution der Denkungsart bezeichnet, einzusehen, dass es keine Gegenstände der Erfahrung ohne unser begriffliches Zutun gibt. Wir wissen nichts von den Dingen an sich und die Rede vom Geschlecht an sich vor aller Erfahrung wäre purer Unsinn. Die offene und zu klärende Frage ist dennoch, wer das Zutun zu unseren Vorstellungen zustande bringt: Produktionsverhältnisse, die Männer und Frauen auf produktive bzw. reproduktive Tätigkeiten verpflichten, kulturelle und sprachliche Traditionen (sogenannte Diskurse), die diese Pflichten aus der Natur ableiten und erst damit zur Natur machen, eine Rechtsordnung, die Auswege aus diesen Traditionen unterbindet bzw. eröffnet, oder Wissens- und Klassifikationssysteme der Naturwissenschaften, die zwar kontrovers, aber mit dem Anspruch auf Validität behaupten, was es mit den Geschlechtern objektiv auf sich hat. Nun hat die bundesdeutsche Gesetzgebung, so scheint es, die Definitionsmacht an sich gerissen und damit der Biologie rechtliche Grenzen gesetzt.

Wenn ein Kind zur Welt kommt, verlangt das Personenstandsgesetz nicht nur in Deutschland die Angabe des Geschlechts. Das Geburtsregister vermerkt, ob ein Mensch männlich, weiblich oder gegebenenfalls, gleichsam unentschieden oder doppelgeschlechtlich, partiell beides und damit keines von beiden ist. Festgehalten werden die Personenstandsmerkmale bei Krankenhausgeburten bereits in der Klinik – so erübrigen sich lästige Behördengänge. Nicht erspart wird Eltern von Kindern mit uneindeutigem Geschlecht eine sie in der Regel überfordernde Entscheidung, was sie im Fall ihres Kindes angeben oder – schwerwiegender – auf welchen ärztlichen Rat zum Umgang mit der Zweideutigkeit sie zum Wohl ihres Kindes eingehen sollen. Bis vor nicht allzu langer Zeit war die medizinische Devise, den unentschiedenen Status, wenn möglich, beizeiten operativ zu beenden (vgl. Klöppel 2012). Aufgrund der vielfach traumatischen Folgen und einer erhöhten Sensibilisierung der Bevölkerung lehnen die inzwischen gegründeten Interessenverbände intergeschlechtlicher Menschen frühe medizinische Eingriffe als Menschenrechtsverletzungen ab und fordern stattdessen das Recht auf Selbstbestimmung der Betroffenen in einem notwendig späteren, der Kindheit entwachsenen Alter.³ Das Verfassungsgerichtsurteil anerkennt dieses Recht als Persönlichkeitsrecht (38).

³ Die Selbstorganisation intergeschlechtlicher Menschen ist erst jüngerer Datums. In Deutschland entstand der Verein Intersexuelle Menschen e.V. 2004 aus einer Selbst-

Persönlichkeitsrechte sind Freiheitsrechte, die jedem Bürger und jeder Bürgerin grundgesetzlich zustehen: »Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit« (Art 2 GG). Das ist das Grundrecht eines jeden, egal welchen Geschlechts, denn Freiheit gibt es nur im Rahmen der durch die Verfassung garantierten Gleichheit, also von gleichen Freiheitsrechten für alle. Wo die Rechte anderer nicht verletzt sind, kein Verstoß gegen das (sich in stetem Wandel befindliche) Sittengesetz vorliegt und laut Verfassung kein anderweitiges Verbot im Wege steht, können nach Auffassung des Gerichts Personen mit zweideutigen Geschlechtsmerkmalen künftig ihre Gleichstellung mit Menschen mit geschlechtseindeutigem Personenstand und entsprechender geschlechtlicher Kennzeichnung verlangen. Daraufhin hatte eine Person geklagt, die bei ihrer Geburt als Mädchen identifiziert worden war, aber, wie sich bei einer Chromosomenanalyse später herausstellte, wie Männer nur ein X-Chromosom hatte, biologisch also an beiden Geschlechtern und keinem doch vollen Anteil hatte. Personenstandsrechtlich hatte sie keine Chance, ihre Eigenheit auszudrücken, fühlte sich daher anderen Menschen nicht gleichgestellt. Das Bundesverfassungsgericht folgte der Argumentation der Klägerin und eröffnete für eine Neuregelung des Personenstands durch den Gesetzgeber zwei konträre Optionen.

Die erste Option, auf die Angabe des Geschlechts im Geburtsregister zu verzichten und von der Zuordnung zu einem Geschlecht gänzlich (oder vorerst) abzusehen, ist für intergeschlechtliche Menschen – und nur für sie – seit 2013 in Deutschland bereits möglich. Intergeschlechtliche Menschen hatten folglich eine Sonderstellung und waren mithin rechtlich diskriminiert. Ein Verzicht auf die Geschlechtsangabe im Geburtsregister wäre nach dem Bescheid des Bundesverfassungsgerichts nur dann weiterhin legitim, wenn es zu einer allgemeinen, niemanden ausschließenden oder bevorzugenden Regelung käme. Die Geschlechterfrage würde im Personenstandsregister für alle gestrichen und unkenntlich gemacht. Mehrere Mitwirkende eines vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Vorfeld des Entscheids durchgeführten Fachaustauschs plädierten für diese gleichheitsorientierte vom Geschlecht abstrahierende Lösung (vgl. BMFSFJ 2017).

Gegen die geschlechtliche Neutralisierung sprach nicht nur der Wunsch der die Verfassungsbeschwerde einreichenden Person, die das Faktum ihrer biologischen Intergeschlechtlichkeit rechtlich anerkannt haben wollte. Ein genereller (und dauerhafter) Verzicht auf den Geschlechtseintrag (wie es im Personalausweis bereits der Fall ist, wo nur der Vorname das Ge-

hilfegruppe, der seitdem im deutschsprachigen Raum die Interessen von Intersexuellen und deren Angehörigen vertritt.

schlecht indiziert) ist in praktischer Hinsicht vor allem darum problematisch, weil jede Förderung der Gleichstellung eine statistische Erfassung und Kenntlichmachung der Geschlechter voraussetzt. Wer Ungleichheit beseitigen und Diskriminierung abbauen will, muss sie zunächst einmal konstatieren und damit identifizieren. Wer vom Geschlecht absieht, kann die »Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern«, die das Grundgesetz vorschreibt, nicht fördern, sondern hintertreibt sie.

Anschaulich wird dieses Dilemma am Beispiel Frankreichs, dessen universalistischer Bürgerbegriff bis zum Jahr 2000 eine Frauenquote verhinderte und somit die hochprozentige Übermacht der Männer im Parlament garantierte, weil die Verfassung Formen der positiven Diskriminierung etwa durch Quoten nicht vorsah.⁴ Zur Behebung des Missstandes musste das Pionierland der universellen Menschenrechte und Egalität die Einführung des sogenannten Paritätengesetzes mit der Universalität des biologischen Geschlechterdualismus legitimieren. Alle Menschen sind Männer oder Frauen. Darum war es im Sinne des Universalismus für das Verfassungsgericht im nächsten Schritt schließlich doch legitim und geboten, paritätische Wahllisten aufzustellen, um den Frauenanteil im Parlament (erfolgreich) zu erhöhen.⁵ Einige egalitär ausgerichtete Feministinnen wie die Philosophin Elisabeth Badinter oder die Juristin Evelyne Pisier hielten eine Begründung der Politik durch biologische Konzepte für eine gefährliche Pervertierung des politischen Gleichheitsgedankens und gingen in Opposition. Nach dem von der Binarität der Geschlechter abrückenden Beschluss des deutschen Bundesverfassungsgerichts widerspräche die französische Lösung künftig dem deutschen Grundgesetz.⁶ Auch in Deutschland gibt es aus den angegebenen Gründen allerdings nur Schätzungen zur Zahl von intergeschlechtlich geborenen Menschen.⁷ Wir wissen nur, was wir zuvor erhoben und zu diesem Zweck klassifiziert haben.

⁴ Jutta Hergenhan (2012) spricht vom »einschließenden Ausschluss« von Frauen aufgrund der Bedeutung des generischen Maskulinums, das Frauen in der Sprache unter dem Deckmantel des Universalismus unkenntlich macht.

⁵ Der Frauenanteil in der französischen Nationalversammlung liegt inzwischen bei 39 Prozent; das sind 8 Prozent mehr als im deutschen Bundestag.

⁶ Der höchste französische Gerichtshof (Cour de cassation) verwarf im Mai 2017 den Antrag eines Klägers auf ein neutrales Geschlecht. Die Begründung des Gerichts war überraschend politisch: Die Anerkennung einer dritten Geschlechtskategorie würde tiefgreifende rechtliche Erschütterungen und Veränderungen mit sich bringen. Binarität sei für die soziale und rechtliche Organisation unerlässlich.

⁷ Das Statistische Bundesamt verzeichnet im Jahr 2015 737.575 Geburten in Deutschland. Nach Schätzungen kommt einer von 1500 Säuglingen mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen zur Welt. (Vgl. Schmitt 2017). Das Bundesverfassungsgericht und nachfolgend der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung der in das Geburtsregister einzutragenden Angaben vom 01.10.2018 gehen von 160.000 Per-

Menschen ohne Geschlechtsbestimmung sind nicht nur statistisch und für die Umwelt inexistent, sie leiden auch selbst unter der nominellen Unbestimmtheit. Neben der Möglichkeit zur egalitären Abstraktion vom Geschlecht und zum generellen Verzicht auf eine geschlechtliche Kennzeichnung des Personenstandes eröffnete das Bundesverfassungsgericht daher vor allem die Aussicht zur identitären Konkretion und d.h. »positiven« Bezeichnung eines weiteren Geschlechts, »das nicht männlich oder weiblich ist« (65). Das Bundesverfassungsgericht ließ offen, welche Variante und welchen Begriff der Gesetzgeber wählt, stellte für einen positiven Geschlechtseintrag jedoch zwei Bedingungen:

Erstens schrieb es dem Gesetzgeber vor, »eine *einheitliche* positive Bezeichnung eines Geschlechts zu wählen« (Hervorhebung B.R.). Mit dieser Forderung versuchte das Bundesverfassungsgericht vor allem dem Tatbestand Rechnung zu tragen, dass es neben den verschiedenen Ausprägungen von Intergeschlechtlichkeit weitere Formen der geschlechtlichen Nichtübereinstimmung gibt (so der neue Begriff der WHO, durch den eine Klassifizierung des Transsexualismus als Persönlichkeit- und Verhaltensstörung vermieden werden soll), die von dem zu wählenden Sammelbegriff erfasst werden sollen. Die Bezeichnung könnte mithin zum gemeinsamen Nenner für diverse geschlechtliche Eigenarten werden. In diese Richtung zielte schon der Titel der genannten Fachtagung »zur Anerkennung und zum Schutz geschlechtlicher Vielfalt«. Anders als von einigen Interessenverbänden gewünscht, erlaubte das Bundesverfassungsgericht aber nur *ein* weiteres, faktisch also ein *drittes* Geschlecht, was die Verfassungsklage ihrerseits bewusst offen gelassen hatte.

Zweitens beharrte das Bundesverfassungsgericht auf der Evidenz eines kontinuierlichen Personenstands. Nur »Personen, die sich *dauerhaft* weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen« (Hervorhebung B.R.), werden in ihren Grundrechten verletzt, »wenn das Personenstandsrecht dazu zwingt, das Geschlecht zu registrieren, aber keinen anderen positiven Geschlechtseintrag als weiblich oder männlich zulässt«.⁸ Der Karlsruher Entscheid wies damit Forderungen nach der Möglichkeit eines mehrfachen Wechsels des Geschlechtseintrags zurück, den Menschenrechts- und Transsexuellengruppen mit dem Argument angemahnt hatten, im Verlauf eines Lebens könne »sich das gefühlte Geschlecht

sonen mit Varianten in der Geschlechtsentwicklung aus, wovon ca. ein Drittel eine Änderung ihrer Geschlechtsangaben beabsichtigen würden. Unter den Neugeborenen liege der Prozentsatz mit Varianten in der Geschlechtsentwicklung bei 0,19%. (Deutscher Bundestag 2018: Drucksache 19 / 4669).

⁸ Leitsätze zum Beschluss des Ersten Senats vom 10. Oktober 2017, 1 BvR 2019 / 16.

durchaus ändern« bzw. wie Identität überhaupt unterliege »auch die Geschlechtsidentität einem Fluss« (Dethloff in BMFSFJ 2017, 30 f.).⁹

Anders als beim Ehestand soll der Personenstand des Geschlechtes also unauflösbar sein.

Zwischen Gleichheitsforderung und Identitätspolitik

Psychologische und philosophische Identitätstheorien heben seit langem den Prozesscharakter und die Unabgeschlossenheit des scheinbar gleichbleibend Identischen hervor. Recht besehen ist gerade die Nicht-Identität ein Moment von Identität. Ich ist ein Anderer, ohnehin, da die anderen in diesem Prozess stets präsent und interaktiv beteiligt sind. Von Anfang an identifiziert sich ein Kind mit mütterlich oder väterlich agierenden Bezugspersonen, übernimmt deren Sprache und Perspektiven, hängt von ihren Urteilen und Glaubenssätzen, auch denen der weiteren Umwelt ab. Insofern ist es auch richtig zu sagen, dass die persönliche Identität eines jeden Menschen kulturell grundiert, überformt und verwoben ist. Ähnliche Osmosen gibt es in der psychosexuellen Persönlichkeitsentwicklung. Auch sie ist ein aktiver sozialer Aneignungsprozess, der ein anderes Geschlecht als kulturell und körperlich definierten Gegenpart und wichtige Bezugsgröße zur Selbstfindung voraussetzt. Dabei durchlaufen Menschen in ihrer Jugend krisenhafte Phasen der Selbsterprobung – die Pubertät ist ein oft schwieriger Suchprozess.

Für das Recht sind Menschen im dauernden Krisenmodus und ohne feste Konturen schwer greifbar. Wie lässt sich personenstandsrechtlich als Datum fixieren, was philosophisch und psychologisch betrachtet nur Probe aufs offene Exempel ist? Gesetze verlangen und bewerkstelligen Ordnung, sie werden dafür gemacht. Neue Gesetze können an dieser Ordnung partiell etwas ändern, aber in Maßen, sofern sie, wie hierzulande, im Rahmen jener Grundordnung bleiben, die das deutsche Grundgesetz nach dem Zweiten Weltkrieg als eine Art Ur- und Referenztext vorgegeben hat. Das Bundesverfassungsgericht ist der oberste Wächter dieser grundlegenden Ordnung. Ihm obliegt es, die Verfassungskonformität von richterlichen Entscheiden, neuen und alten – vorkonstitutionellen – Gesetzen zu prüfen, indem es das Grundgesetz auslegt und damit zugleich fortschreibt.¹⁰ In diesem Sinn hat das Bundesverfassungsgericht (neben den gewählten Repräsentantinnen

⁹ In ihrer Expertise für den Berliner Senat hatte Konstanze Plett, eine der ausgewiesenen Rechtsexpertinnen für inter- und transgeschlechtliche Menschen, bereits 2015 ein Hinausschieben des Geschlechtseintrags für alle Neugeborenen gefordert.

¹⁰ Noch immer stammen Gesetze aus der Zeit vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Art 123 GG (1) regelt den Umgang mit vorkonstitutionellem Recht:

und Repräsentanten des Volkes) den demokratischen Auftrag zu einer maßvoll kreativen Modernisierung des Grundgesetzes.

Unmissverständlich machte das Gericht in seinem Beschluss vom 10. Oktober 2017 klar, dass die Mütter und Väter des Grundgesetzes an zwei Geschlechter und eben kein weiteres dachten. Folglich war der geistige Schritt in die Gegenwart ein interpretatorisch zu bewerkstellender Balance- und Schöpfungsakt. Wie fertigt das hohe Verfassungsorgan aus zwei Geschlechtern ein drittes Geschlecht, ohne das Grundgesetz grundlegend in Zweifel zu ziehen? Es bedurfte einer Lösung, welche tradierte Konzepte der Geschlechterbinarität für Ergänzungen der Gegenwart durchlässig machte. Der Wortlaut des Beschlusses verrät Erklärungsnot und Erfindungsgeist. »Dass dem Verfassungsgeber 1949 bei der Formulierung von Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG kaum Menschen *weiteren Geschlechts* vor Augen gestanden haben dürften, hindert die Verfassungsinterpretation nicht daran, diese Menschen angesichts *des heutigen Wissens um weitere geschlechtliche Identitäten* in den Diskriminierungsschutz einzubeziehen (Hervorhebung B.R.).« Der Satz ist beachtenswert innovativ. Erstens lässt er keinerlei Zweifel aufkommen, dass der Parlamentarische Rat bei der Abfassung des Grundgesetzes ausschließlich an Frauen und Männer gedacht hat. Zweitens beruft sich das Gericht, und sichert damit seine Entscheidung zur Erweiterung der Geschlechter gleichsam objektiv ab, auf aktuelles Wissen. Es hört nicht auf Volkes Meinung, erst Recht nicht auf überlieferte Glaubenssätze, es stützt sich auf den Stand und damit den Fortschritt der Wissenschaft. Von dieser Wissenschaft zitiert das Gericht drittens, durchaus vage und windig, das heutige Wissen »um« weitere geschlechtliche Identitäten, deren Träger, so lautet viertens die Zielfolgerung, personenstandsrechtlich bislang undefinierte »Menschen weiteren Geschlechts« sind. Angesichts der rechtlichen wie anthropologischen Unbestimmtheit des Falls, der zur Entscheidung stand, ist dies einerseits eine gewagte, vielleicht sogar spitzfindige Deduktion. Folgt aus der Annahme weiterer geschlechtlicher Identitäten, die, wie wir schon sahen, fluide, zumindest subjektiv sind, tatsächlich ein objektiv existierendes weiteres Geschlecht, und was bedeutet dann Geschlecht? Andererseits ist die These (das Wissen um) von der konstitutiven Funktion der Geschlechtsidentität für die Konstruktion der Geschlechter spätestens seit Judith Butlers *Gender trouble* theoretisch bekannt und umstritten – umso mehr als nach Butlers eigenem Verständnis Wissen ein diskursives Konstrukt und mit den Spielen der Macht verwoben ist. Zwar ist das Verständnis von Wissen als Macht

»Recht aus der Zeit vor dem Zusammentritt des Bundestages gilt fort, soweit es dem Grundgesetze nicht widerspricht.«

jahrhundertealt und zentraler Bestandteil unserer westlichen Fortschrittsgläubigkeit. Nur hat sich im Verständnis des Fortschritts ein Macht- und Richtungswechsel vollzogen. Die alte Moderne plädierte für Freiheit und Gleichheit und spielte dabei das Heimspiel einer weißen männlichen Hegemonialmacht, welche die Unfreiheit und Ungleichheit etwa von Frauen und nichtweißen Menschen geflissentlich übersah. Jetzt streitet eine global aufgestellte neue Moderne statt für mehr Gleichheit überall in der Welt um die Anerkennung von Identitäten und damit von Vielfalt. Die Sache wird kompliziert. Denn vielfältige Identitäten setzen sich selbst ins Recht, entziehen sich einer äußeren Definition und dem Konzept der Gleichheit.

Der deutschen Öffentlichkeit scheint bislang mehr oder weniger entgangen zu sein, dass das Grundgesetz das Prinzip der Identität nicht kennt. Der Verweis auf die persönliche Identität taucht im Recht zwar auf, im Rahmen der Strafprozessordnung bei der Darlegung von erkennungsdienstlichen Maßnahmen, die befugten Amtsträgern obliegt. Sie dienen der Identifizierung einer Person durch die Erfassung ihrer Personalien – Vor- und Familienname, Tag und Ort der Geburt, Familienstand, Wohnsitz, Staatsangehörigkeit, Größe, Augenfarbe, Lichtbild, Unterschrift, im Pass auch der Fingerabdruck. Länder wie Frankreich bezeichnen den Personalausweis daher als »carte d'identité« (carte nationale d'identité), welche die Identität einer Person amtlich ausweist.

Persönlich im landläufigen Verständnis von privat, subjektiv und intim ist an dieser Identität wenig, vielmehr ist sie ein algorithmisch erweiterbares zusammengesetztes Konstrukt, das über Privates, sexuelle Orientierung und geschlechtliche Eigenarten glücklicherweise nichts vermeldet. Im digitalen Zeitalter übernehmen vor allem Computer (und die willigen Helferinnen und Helfer der sozialen Netzwerke) den Job der Ermittlung und Kontrolle der persönlichen Identität, die wir im Scheckkartenformat griffbereit bei uns tragen. Das Verfassungsgericht bestätigt die Verfassungskonformität und Notwendigkeit der personenstandsrechtlichen Identifizierung: Durch den Personenstand werde »eine Person nach den gesetzlich vorgesehenen Kriterien vermessen« (BVerfG 2017, 45). Diese Kriterien mit Blick auf die Geschlechtsidentität (und alles, was das Geschlecht anbelangt) zu erweitern und konkretisieren lag bislang nicht im primären Interesse der ihre Privatheit schützenden Bürger und Bürgerinnen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nimmt die informationelle Zurückhaltung in Sachen Geschlecht nunmehr zurück. Einerseits wird der gesetzliche Auftrag zur Vermessung nur erwähnt. Fragen der biologischen Evidenz, medizinischer Kontrollen und organischer Beweise standen für den Ersten Senat nicht an erster Stelle (vgl. Ghattas 2017). Andererseits werden die Kriterien des Personenstands gedehnt und sub-

jektiviert. Je mehr der Beschluss die Frage der Identität beschwört, desto unbestimmter und subjektiver (selbstbestimmter) kommt sie daher, assoziiert mit Gefühlen geschlechtlicher Nichtidentität bzw. einer »dem eigenen Empfinden entsprechenden Geschlechtlichkeit« (BVerfG 2017, 43). Wie ließe sich dergleichen objektiv messen? Und wer überhaupt möchte seine Gefühle vermessen haben? Weder die Klage noch der Entscheid verfolgen eine derartige Absicht und entsprechend kritisch wurde die Forderung nach einer ärztlichen Bescheinigung über eine vorliegende Variante der Geschlechtsentwicklung in der Ersten Lesung des Gesetzesentwurfs der Bundesregierung vom 10.10. 2018 kommentiert.

Eine Empfindung will nicht gemessen, sondern ausgedrückt und respektiert und damit ins Recht gesetzt werden. Die personenstandsrechtliche Anerkennung des Geschlechts soll Geschlechtsidentität sowohl ausdrücken, dem subjektiven Empfinden also ein Recht auf Ausdruck und Dasein zugestehen, als auch begründen und legitimieren (BVerfG 2017 45, 47). »Unter den Umständen«, die derzeit gegeben sind, denn wir leben in Zeiten des Umbruchs, wirkt die personenstandsrechtliche Anerkennung mithin zweifach. Sie holt das Geschlechtsempfinden aus der Zone der Verborgenheit und scheinbaren Nichtexistenz, hat aber zugleich »Identität stiftende« Wirkung (Hervorhebung B.R.).¹¹ Ohne den Stiftungsakt eines weiteren Geschlechts durch das Personenstandsrecht bleibt die geschlechtliche Identität von Menschen »dazwischen« ungewiss. Ohne das Recht bleibt es beim unsicheren Gefühl. Mit diesem Recht zerbricht die bisherige Ordnung der Geschlechter.

Dem Beschluss vom 10. Oktober 2017 gehen drei normative Leitsätze voraus:

1. *Das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) schützt die geschlechtliche Identität. Es schützt auch die geschlechtliche Identität derjenigen, die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen.*
2. *Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG schützt auch Menschen, die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen, vor Diskriminierungen wegen ihres Geschlechts.*
3. *Personen, die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen, werden in beiden Grundrechten verletzt, wenn das*

¹¹ »Unter den gegebenen Umständen hat die personenstandsrechtliche Anerkennung des Geschlechts Identität stiftende und ausdrückende Wirkung. Der Personenstand ist keine Marginalie, sondern ist nach dem Gesetz die ›Stellung einer Person innerhalb der Rechtsordnung‹« (§ 1 Abs. 1 Satz 1 PStG).

Personenstandsrecht dazu zwingt, das Geschlecht zu registrieren, aber keinen anderen positiven Geschlechtseintrag als weiblich oder männlich zulässt.

Der dritte Leitsatz hält die zwangsweise (weil alternativlose) Zuordnung zu einem der beiden Geschlechter im Personenstandsrecht für unvereinbar mit dem Grundgesetz. Es verwirft damit den älteren vom Allgemeinen Preußischen Landrecht seit seiner Abfassung 1794 bis zur Reichsgründung 1871 praktizierten zynischen Rechtsgrundsatz, der die Existenz von intergeschlechtlichen Menschen als sogenannte Zwitter zwar prinzipiell anerkannte, sie im Alter von 18 Jahren aber zu Männern oder Frauen (nach freier Wahl!) zwangskollektivierte.¹²

Der zweite Leitsatz schließt intergeschlechtliche Menschen in das Antidiskriminierungsgebot des Grundgesetzes aufgrund des Geschlechtes mit ein. Das ist nach Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG ohnehin selbstverständlich und wäre insoweit nicht eigens der Rede wert, gerade weil das Gebot keine explizite (und damit einschränkende) Geschlechtsangaben enthält. Nur der erste Leitsatz nennt ein neues und verfassungsrechtlich bedeutendes Kriterium.

Erstens erklärt er den Schutz der geschlechtlichen Identität zu einem Teil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts. Das scheint auf den ersten Blick gleichsam selbstverständlich und ist auf den zweiten Blick gleichwohl ambivalent, weil sofort die Frage auftaucht, was geschlechtliche Identität ist bzw. sein soll. Wann ist die Persönlichkeitsentwicklung eines Menschen abgeschlossen? Wer bestimmt (ab wann) über die Frage der geschlechtlichen Identität? Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass ein Kind mit 14 Jahren die Erklärung abgeben kann, wobei die Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters erforderlich ist (Drucksache 19/4669, 1 (2)). Dabei ist die Frage der Zustimmung zur geschlechtlichen Identität ohnehin sehr viel komplexer. Können z.B. Eltern von ihrer Tochter das Tragen eines Kopftuchs verlangen, weil dies nach Auffassung der Eltern (ihrer Kultur) zur weiblichen Identität gehört? Welche Konflikte zeichnen sich ab zwischen Persönlichkeitsrechten unter Einschluss der kulturellen Identität und dem grundgesetzlich verbürgten Gleichheits- und Freiheitsversprechen für jedes Individuum?

¹² Im Zeitalter der Aufklärung anerkannte das ALR die Tatsache, dass Menschen als »Zwitter geboren« wurden, verweigerte ihnen aber die Ausbildung einer geschlechtlichen Identität. Geradezu zynisch heißt es in §20 des ALR, einem Zwitter stehe, »nach zurückgelegtem achtzehnten Jahre, die Wahl frey, zu welchem Geschlecht er sich halten wolle« (Hervorhebung B.R.). Das war ein Zugeständnis zur Selbstbestimmung im Würgegriff. Die Streichung des Paragraphen nach der mit der Reichsgründung erfolgten Einrichtung von Standesämtern und Melderegistern war insofern schlüssig: Wie konnte ein Zwitter, nur weil er das 18. Lebensjahr überschritt, sich plötzlich als Mann oder Frau verstehen?

Zweitens ist – und das ist im Rahmen der Argumentation zentral – ein Schutz der geschlechtlichen Identität intergeschlechtlicher Menschen nur möglich, wenn ihr Status zuvor juristisch anerkannt ist. Das Personenstandsrecht ist der Hebel dieser Anerkennung. Es schafft Identifikationsangebote und Fakten, die es vorher nicht gab. Es gibt dem Kind einen Namen, ein Recht, eine eigene Evidenz. Aus subjektivem Empfinden und diffusem Unwohlsein angesichts der Unbestimmtheit des eigenen Personenstands entsteht ein öffentliches und kollektives Anliegen.¹³ Aus der leiblichen Unruhe der geschlechtlichen Nichtidentität wird ein personenstandsrechtlich gesetztes positives Datum, das den Makel bloß subjektiver und gefühlsmäßig schwankender Tatbestände gesetzlich tilgt. Da entsteht etwas, was es vorher nicht gab. An Stelle der Vereinzelung und gefühlten Randständigkeit tritt die Zugehörigkeit zu einer neu geschaffenen Gruppe von Menschen mit rechtmäßig anerkannter Geschlechtsidentität. Das Empfinden des Einzelnen, das respektiert werden soll, wiedererkennt sich in der neuen Autorität eines gesetzlich geordneten Kollektivs.

Die Geschichte der juristischen Berufung in Deutschland auf geschlechtsbezogene Identitäten ist kurz. Eingeführt wurde der Begriff – sehen wir von der erkennungsdienstlichen Regelung ab – durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) im Jahr 2006, um gleichgeschlechtlich empfindende und lebende Männer und Frauen vor Benachteiligungen vor allem im Arbeitsleben, bei der Ausbildung oder der Wohnungssuche zu schützen. Das Gesetz wurde möglich und überfällig, nachdem im Juni 1994 § 175 des deutschen Strafgesetzbuches gestrichen worden war. Dabei lehnt sich die Zielsetzung des Gesetzes an Art. 3 Abs. 3 GG an, ergänzt die Liste möglicher Diskriminierungen »aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters« erstmals um das Merkmal der »sexuellen Identität«.¹⁴ Für die Bundesrepublik war dies ein von den europäischen Anti-

¹³ Möglicherweise hat das Öffentlichmachen des Bundesverfassungsurteils mehr zur Anerkennung der Probleme von intergeschlechtlichen Menschen beigetragen als die juristische Anerkennung ihrer Rechte. Erst das Recht auf die Kennzeichnung eines eigenen Personenstandes macht marginalisierte Personen für andere diskursiv existent, auch wenn die Kennzeichnung im Personenstandsregister kaum ein Mensch überhaupt zu Gesicht bekommt. Insofern war die Ankündigung der künftigen Rechtslage mit dem Effekt einer in der Öffentlichkeit zu verhandelnden neuen Geschlechtskategorie ein wesentlicher Teil des Klageerfolgs. So berichteten die Nachrichten von ARD und ZDF am 8. November 2017, das Bundesverfassungsgericht habe die Einführung eines dritten Geschlechtes gefordert; ganz ähnlich die Meldungen in den Online-Ausgaben von Die ZEIT, Süddeutsche, FAZ und Der Spiegel.

¹⁴ Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2008: »Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verbietet Ungleichbehandlungen aufgrund der sexuellen Identität. Dabei wird der Begriff der »sexuellen Identität« weit gefasst und bezieht sich auf die sexuelle Beziehung

diskriminierungsrichtlinien abgenötigter Meilenstein.¹⁵ Sie folgte zugleich dem Druck weltweit agierender Menschenrechtsgruppen, und sie übersah einen begrifflichen Unterschied. Diese Gruppen erreichten, dass im Jahr 2007 in der indonesischen Stadt Yogyakarta 29 Prinzipien »zur Anwendung der Menschenrechte in Bezug auf die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität« erarbeitet, verabschiedet und von namhaften internationalen Menschenrechtsaktivisten und -aktivistinnen unterzeichnet wurden. Neben das Kriterium der *sexuellen Orientierung* – im deutschen AGG sexuelle Identität genannt – trat das Kriterium der *geschlechtlichen Identität*. Das Dokument gab den Anstoß zur Bildung einer Vielzahl nationaler und internationaler Menschenrechtsinitiativen mit zunehmendem Erfolg.¹⁶ Während im Jahr 2008 eine Erklärung zur Beendigung der staatlichen Diskriminierung von sexuellen Minderheiten und zur Entkriminalisierung von homosexuellen Handlungen vor der Generalversammlung der UNO eine Mehrheit noch verfehlte, verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat drei Jahre später eine entsprechende Resolution. Auch im Bundestag wurde im Jahr 2011 von der damaligen Opposition aus SPD, Grünen und Linksfraktion ein Erweiterungsentwurf des Artikels 3 GG eingebracht, der den Merkmalskatalog persönlicher Attribute, derentwegen Menschen nicht benachteiligt werden dürfen, um den Begriff der sexuellen Identität (Orientierung) ergänzt haben wollte. Der Antrag verfehlte zwar die erforderliche Zweidrittelmehrheit, nicht allerdings, wie das Bundesverfassungsgericht hervorhebt, »wegen inhaltlicher Bedenken«, sondern mit dem Argument, der Diskriminierungsschutz der sexuellen Identität, »sei rechtlich bereits verwirklicht«. Dabei ersetzte der Antrag den Begriff der sexuellen Orientierung – wie schon im AGG – durch den der Identität, der in den Yogyakarta-Prinzipien der Kennzeichnung der Geschlechtsidentität (gender identity) vorbehalten war.

Es kann vermutet werden, dass auch die Diffusität und Verwechselbarkeit von sexueller und geschlechtlicher, individueller und kollektiv zugeschriebener Identität im Parlament Unbehagen ausgelöst hat. Sexuelle Identität bezieht sich in der deutschen Version auf die Frage der sexuellen Orientierung. Geschlechtliche Identität betrifft das Gefühl der Zugehörigkeit bzw. im Fall intergeschlechtlicher Menschen der Nichtzugehörigkeit zu einem der beiden bislang definierten Geschlechter. Auch das Bun-

einer Person zu einer anderen. Schwule, Lesben, Hetero- und Bisexuelle sollen sich mit gegenseitiger Wertschätzung begegnen.« Sexuelle Identität, das geht aus der Ergänzung eindeutig hervor, ist mit der Frage des Geschlechts also nicht identisch.

¹⁵ Allerdings sprach die Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 von sexueller Ausrichtung.

¹⁶ So etwa wurde in Deutschland 2007 mit Hilfe des Auswärtigen Amtes die deutsche Hirschfeld-Eddy-Stiftung zur Verbreitung der Prinzipien gegründet.

desverfassungsgericht verweist auf den Bedeutungsunterschied »zwischen Geschlechtsidentität und sexueller Identität«. Mehrfach betont der Erste Senat den negativen Ansatzpunkt seiner Überlegungen. Menschen, die sich »weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen« können, haben keinen biologischen, sondern einen personenstandsrechtlichen Mangel, solange ihrem Personenstand das Geschlecht aberkannt wird. Nur gibt es eben kein Geschlecht als bloß individuelle Merkmalausprägung. Geschlecht ist und war eine Kollektivzuschreibung, auf die sich u. a. die Ergänzung von Art. 3 Abs. 2 zur Beseitigung der bestehenden Nachteile für Frauen (von denen nicht jede einzelne benachteiligt war) bezieht. Der Anstoß zu dieser Neuregelung war der Tatbestand, dass Frauen aufgrund ihrer strukturellen Diskriminierung kaum Chancen auf die grundgesetzlich verbürgte Gleichheit besaßen. Darum entstand (zunächst in den USA) die Idee zur begünstigenden Diskriminierung benachteiligter Gruppen und der positiven Bestimmung ihrer sozialen Identität.

Beispielhaft für die Neuausrichtung des Kampfs um mehr Gleichheit war der Diskurs der Frauenbewegung in den 1980er Jahren im Streit um die Differenz. Gleichheitstheoretikerinnen hatten den Unterschied zwischen den Geschlechtern weitgehend einebnen wollen. Differenztheoretikerinnen wollten hinter den kulturellen (und männergemachten) Kollektivzuschreibungen das eigene Geschlecht (in Abhängigkeit von der Biologie) überhaupt erst entdecken und verlangten die Freiheit für eine selbstbestimmte weibliche Identität. Ähnliche Kämpfe um die Herausbildung unterdrückter kollektiver Identitäten gab es bei den Schwarzen in den USA, den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, Regionalbewegungen in Europa oder Kanada. Der moderne und liberale Rechtsstaat, der lediglich den Schutz individueller Rechtsansprüche garantiert, stand vor einem Dilemma.¹⁷ Jürgen Habermas (1996, 246f.) formulierte das Problem zu

¹⁷ So heißt es in der von den Vereinten Nationen am 18. Dezember 2018 übernommenen »Erklärung über Menschenrechte, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität« der Generalversammlung der Organisation der amerikanischen Staaten vom 3. Juni 2008: »Wir bekräftigen den Grundsatz der Nichtdiskriminierung, der verlangt, dass die Menschenrechte für alle Menschen gleichermaßen gelten, ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität. Wir sind zutiefst besorgt über die Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten aufgrund der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität. Desgleichen sind wir höchst beunruhigt darüber, dass Menschen in allen Ländern der Welt aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität Opfer von Gewalt, Drangsalierung, Diskriminierung, Ausgrenzung, Stigmatisierung und Vorurteilen werden und dass diese Praktiken die Unversehrtheit und die Würde derjenigen untergraben, die derartigen Missbräuchen ausgesetzt sind. Wir verurteilen Menschenrechtsverletzungen aufgrund der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität, gleichviel wo sie begangen werden, insbesondere die Anwendung der Todesstrafe aus diesen Gründen, die außergericht-

Beginn der 1990er Jahre in der Auseinandersetzung mit den kommunitaristischen Vorstellungen des kanadischen Philosophen Charles Taylor folgendermaßen: Kann eine »individualistisch« angelegte Theorie der Rechte jenen Kämpfen um Anerkennung gerecht werden, in denen es doch um die Artikulation und Behauptung *kollektiver* Rechte zu gehen scheint?¹⁸ Inwiefern war die Behauptung dieser gruppenbezogenen Rechte mit den universalistischen Prinzipien der Gleichheit und Freiheit vereinbar?

Zweifellos liegt das Dilemma bei intergeschlechtlichen Menschen insofern ganz anders, als es eine kollektive Identitätszuweisung in der Vergangenheit nicht gab. Das »Doppelgeschöpf« des herrlichen Hermaphroditos in Ovids Hauptwerk *Metamorphosen* ist ein künstliches Unikum unter dem Schutz der Götter.¹⁹ Daher gibt es im europäischen Kulturraum zwar einen faszinierenden Mythos vom intergeschlechtlichen Menschen, aber kein Kollektiv der Zwitter und kein ihm kollektiv zugeordnetes Recht. Umso mehr traten seit den 90er Jahren fernere, besonders asiatische Kulturen mit intergeschlechtlichen Kollektivzuschreibungen ins Bewusstsein der Menschen, die sich im binären Muster der Geschlechtszuweisung nicht zurechtfinden. Zu einem wichtigen Attraktionspunkt wurden die Hijras in Indien. 2005 veröffentlicht die österreichische Transgender Aktivistin Eva Feld unter dem Titel »Auf der Suche nach dem dritten Geschlecht« das Tagebuch ihrer fünf Jahre zuvor unternommenen Expedition in ein Land, dessen hinduistische und islamische Tradition andere Geschlechtszuweisungen als Europa kennt (vgl. Feld 2005, 19).

lichen, summarischen oder willkürlichen Hinrichtungen, die Praxis der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung oder Strafe, die Festnahme oder willkürliche Inhaftierung und die Verweigerung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, einschließlich des Rechts auf Gesundheit.«

¹⁸ Taylor bringt in einem Aufsatz den Zusammenhang zwischen Anerkennung und Identität auf den Punkt: »Die These lautet, unsere Identität werde teilweise von der Anerkennung oder Nicht-Anerkennung, oft auch von der Verkenntung durch die anderen geprägt, so dass ein Mensch oder eine Gruppe von Menschen [...] eine wirkliche Deformation erleiden kann. [...] Nichtanerkennung oder Verkenntung kann Leiden verursachen, kann eine Form der Unterdrückung sein, kann den anderen in ein falsches, deformiertes Dasein einschließen«. (Taylor 1993, 14).

¹⁹ Die im vierten Buch der *Metamorphosen* vorgetragene Geschichte ist (aus heutiger Sicht) durchaus delikat, da der Verwandlung eine Vergewaltigung durch die von den Reizen des Jünglings betörte Nymphe Salmakis vorausgeht, die auf die Weigerung des Jünglings, ihr zu Willen zu sein, die Götter um die Verschmelzung beider Körper in einen »Halbmann« anfleht. Ovid erzählt den Fortgang der Begegnung folgendermaßen: Die »Götter alsbald willfuhren dem Wunsch. Die Körper der beiden / Werden vermengt und zu einer Gestalt miteinander verbunden / [...] Also, wie sich verschränkt die Glieder in enger Verschlingung, / Sind's nicht zwei und doch ein Doppelgeschöpf, das zu heißen / Knabe so wenig wie Weib; sie scheinen so keines wie beides«. Ovid, *Metamorphosen*, 4. Buch, Vers 370–386.

Dabei ist die Übersetzung von Hirjas als drittes Geschlecht im Prinzip nicht korrekt. Der Begriff kommt aus dem Urdu, einer in einigen indischen Staaten mit hohem islamischen Bevölkerungsanteil sowie in Pakistan und Afghanistan verbreiteten National- und Verkehrssprache. Im Englischen wurde er mit Eunuch oder Hermaphrodit übersetzt, was dem Sinngehalt nach sexuelle Impotenz (Zeugungs- und Gebärfähigkeit) einschließt. Oft war sie künstlich und d.h. gezielt herbeigeführt worden. Jedenfalls waren Hirjas häufig Kastraten, die sich infolge der Entmannung auch als Frauen fühlten, sich wie Frauen verhielten und Frauenkleider trugen. Wie Frauen (und Männer) wurde auch das sogenannte *dritte* Geschlecht durch eine strenge kollektive Praxis gemacht, die in Ländern wie Indien, Pakistan, Bangladesch oder Nepal, bedingt durch das indische Kastenwesen und den Bedarf an Wächtern der islamischen Frauengemächer, einer jahrhundertlangen Kulturtradition folgt (Bruch 2006). Bekannt ist, dass es sowohl in der islamischen Kultur wie auch in Europa durchaus hochangesehene Kastraten gab. Dieser Status war aber nicht die Regel. Etymologisch leitet sich das Wort von der semitisch-arabischen Wurzel *hjr* im Sinne von: »mit etw. brechen, verlassen, im Stich lassen, verstoßen, auswandern, fliehen« ab (Zanned 2005). Tatsächlich leb(t)en die Hijras meist außerhalb der Mehrheitsgesellschaft am unteren Rand der Gesellschaft in sozialen Gemeinschaften mit eigenem Lebens- und Arbeitskodex. Ein Problem, das vielfach mit Gewalt gelöst wurde, war und ist der Mitgliedernachschub der Gruppe (vgl. Syed 2002). Ihren Lebensunterhalt verdienten sie sich durch musikalische und tänzerische Auftritte, inzwischen immer mehr durch Prostitution. Im Zuge der britischen Kolonialherrschaft wurden die Mitglieder dieser Gemeinschaften dann zusätzlich kriminalisiert. Dieser Praxis hat das höchste indische Gericht mit seiner Entscheidung 2012, ein drittes soziales Geschlecht (third gender) anzuerkennen, einen Riegel vorgeschoben. Eine analoge Entscheidung trafen Nepal (2007/14), Pakistan (2009), Bangladesch (2013) und Australien (2014).

Die Sprache des Geschlechts: Geschlecht, Gender, Sex

Die besonderen Umstände für intergeschlechtliche Menschen sind in Indien oder Pakistan historisch gewachsen also auffallend anders als in Europa. Hier wurde der Begriff des dritten Geschlechts in der Zeit des großen feministischen Aufbruchs nach der Julirevolution in Frankreich durch Théophile Gautier in seinem Briefroman *Mademoiselle de Maupin* eingeführt. Mademoiselle de Maupin, die ähnlich wie zur selben Zeit die er-

folgreiche Autorin George Sand Männerkleider anzieht und sich wie ein Mann ihre Freiheiten nimmt, bekennt in einem ihrer Briefe, sie

gehöre einem dritten, noch namenlosen Geschlecht eigener Art [Hervorhebung B. R.] an, das nicht weiß, ob es über- oder unterlegen, besser oder schlechter als die beiden anderen ist; ich habe den Körper und die Seele einer Frau, den Geist und die Kraft eines Mannes, und ich habe zu viel oder nicht genug vom einen und vom anderen, um mich mit einem zu verbinden. [...] Mein Traum wäre, abwechselnd beide Geschlechter zu besitzen, um diese doppelte Natur zufriedenzustellen: heute Mann, morgen Frau. (Gautier 2011, 551 f.)

Das Bekenntnis macht deutlich, wie sehr die Qual der jungen Person von den gesellschaftlichen Zuschreibungen abhängt, die der Frau neben ihrem Körper eine Seele andichten, dem Mann aber Geist und Kraft. Sie möchte beides haben und d. h. beides sein. Aber der Wunsch stieß auch in diesen Jahren des sozialen Aufbruchs nicht nur in Frankreich an die Grenzen der Sittlichkeit. Immerhin geistert die Idee eines dritten Geschlechts nun durch die Phantasien manch eines Autors, einer Autorin.

Einige Jahrzehnte später wird der Begriff in der deutschen Sprache zur Kennzeichnung bzw. Diffamierung von Frauen verwandt, die sich in wachsenden Maße die Rechte und Freiheiten von Männern herausnehmen. Kurz vor der Jahrhundertwende erscheint der Roman der österreichischen Schriftstellerin Elsa Asenijeff »Aufruhr der Weiber und das Dritte Geschlecht«. Asenijeff versteht darunter Frauen, die, wie sie es nennt, »hors sexe« leben oder leben wollen, Gleichheit anstreben und genau damit »Mannsgeschaffene« werden und ihr »Weib«-Sein verraten. Die Emanzipierte, so Asenijeff, sei »das Unglück unseres Geschlechts« (Asenijeff 1898, 4 ff.). Ein Jahr später veröffentlicht der konservative Kabarettist und Autor Ernst von Wolzogen den satirischen Roman »Das Dritte Geschlecht« über studierwillige (und -fähige), selbständig handelnde junge Frauen. In beiden Büchern geht es um die Definition und Zuweisung der frauentypischen sozialen Geschlechterrolle angesichts einer im 19. Jahrhundert entstandenen und erstarkten ersten Frauenbewegung. Einem dritten Geschlecht gehören die Frauen an, die von dieser Definition abweichen und sich damit in ein soziales Außenseitertum begeben, das der zugeschriebenen Geschlechternatur nicht entspricht.

Der Berliner Sexualwissenschaftler Magnus Hirschfeld verschiebt dieses soziale Verständnis vom dritten Geschlecht wenig später, indem er das soziale Außenseitertum auf Menschen mit bisexuellen oder gleichgeschlechtlichen Neigungen bezieht. Das von ihm begründete *Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen* kämpft für die Entkriminalisierung dieser versteck-

ten Minderheiten. Sein Manifest »Berlins Drittes Geschlecht« (1904) wirbt vor allem für das Verständnis für die zahlreichen sexuellen Zwischenstufen zwischen dem »Vollmann« und Vollweib«, von denen Hirschfeld theoretisch ausging. Darum hielt er die Bezeichnung »drittes Geschlecht« im Prinzip auch für unangemessen. Praktisch setzte sich Hirschfeld für die sexuelle Selbstbestimmung des Menschen und die Abschaffung des Paragraphen 175 RStGB ein. Auf einer fast anderthalbjährigen Weltreise, die der Arzt und Forscher nach einem Vortragsaufenthalt in den USA 1931 antrat, konnte er allerdings auch die kulturelle Prägung der geschlechtlichen Variationen erkennen. Sein Buch »Weltreise eines Sexualforschers im Jahre 1931 / 32« erschien 1933, im selben Jahr, als das von Hirschfeld in Berlin gegründete Institut für Sexualforschung von den Nazis geschlossen wurde, weshalb er von einer Rückkehr nach Deutschland Abstand nahm. Das Buch wurde den Verhältnissen entsprechend kaum rezipiert und erst 2006, zu einem Zeitpunkt, als das Thema der sexuellen Diskriminierung auf die globale Tagesordnung getreten war, neu aufgelegt.

Auch Hirschfeld berichtet in seinen Reiseeindrücken von den »Eunuchs« in Indien, die meist von der Prostitution lebten. Dabei unterschied er zwischen geborenen Zwittern, die von ihren Eltern häufig verstoßen wurden und darum in der Gemeinschaft der »Eunuchs« Zuflucht suchten und Transvestiten. Bemerkenswert war für ihn, dass die englischen Gesetze diese Personengruppen zwar kriminalisierten, faktisch aber nicht zur Anwendung kamen (Hirschfeld 2006, 306f.). Erst die Entscheidung des höchsten indischen Gerichts von 2012, ein drittes Geschlecht anzuerkennen, hat allerdings für Rechtssicherheit gesorgt.

Große deutschsprachige Zeitungen haben seinerzeit über die Veränderungen im indischen Recht ausführlich informiert. Fast unisono wurde dabei die Einführung eines dritten Geschlechts thematisiert. Das ist einerseits plausibel, weil das Gericht diesen Terminus selber gebraucht, andererseits aber auch irreführend, weil »third gender« in der deutschen Sprache korrekt als drittes soziales Geschlecht übersetzt werden müsste. Gender ist keine biologische, sondern soziale Kategorie. Folglich ist auch der Terminus »transgender« nach Auffassung des höchsten Gerichts in Indien, ein sozialer Oberbegriff »for persons whose gender identity, gender expression or behavior does not conform to their biological sex«. Biologisches Geschlecht und gender identity sind also keineswegs dasselbe. Das Gericht präzisiert:

Both gender and biological attributes constitute distinct components of sex. Biological characteristics, of course, include genitals, chromosomes and secondary sexual features, but gender attributes include one's self image, the deep psychological or emotional sense of sexual identity and character. The discrimination

on the ground of ›sex‹ under Articles 15 and 16, therefore, includes discrimination on the ground of gender identity. The expression ›sex‹ used in Articles 15 and 16 is not just limited to biological sex of male or female, but intended to include people who consider themselves to be neither male or female.» (Writ Petition (Civil) No.400)

Die hier getroffene klare Unterscheidung ist rechtlich gesehen von zentraler Bedeutung, in der deutschen Sprache und den politischen Diskursen aber keineswegs evident. Geschlecht ist ein traditionell vieldeutiger Begriff, umfasst Synonyme wie Abstammung oder Sippe, das Menschengeschlecht im weiteren Verständnis, die Genitalien im engeren Sinn und notabene die beiden Geschlechter. Infolge der Übernahme der englischen Lehnwörter Sex und Gender hat sich der Wortgebrauch inzwischen einleuchtend ausdifferenziert. Wir verbinden mit Sex alle Formen der Sexualität und mit Gender die Ausdrucksformen des sozialen Geschlechts. Geschlecht als biologische Kategorie wird dementsprechend gleichsam uninteressant, bleibt beschränkt auf die Frage der Reproduktion, woraus weder die sexuelle Orientierung noch die Geschlechtsidentität einer Person zwangsläufig folgt. Geschlecht, Sex und Gender haben zwar irgend etwas miteinander zu tun, aber klar unterschiedene Bedeutungsgehalte. Vor allem ist Geschlecht nicht Geschlechtsidentität. Aus demselben Grund gibt es zwar viele Geschlechtsidentitäten, aber nicht viele Geschlechter. Vielmehr ist die Binarität der Geschlechter für die Reproduktion der Gattung nach wie vor unentbehrlich. Das höchste bundesrepublikanische Gericht hat bei der Behauptung, es könne auch mehr als zwei Geschlechter geben, diese organische Funktion und den wichtigen Unterschied zwischen Geschlecht und Geschlechtsidentität außer Acht gelassen.

Die Frage der Fortpflanzung der Menschheit hat sich seit den 1980er Jahren des vergangenen Jahrhunderts vom sozialen Miteinander der biologischen Geschlechter Schritt für Schritt gelöst. Die Reproduktionstechnologien ermöglichen Fortpflanzung ohne sexuelles Begehren und ohne menschlichen Kontakt. Die Spenderin von Eizellen, der Lieferant der Spermien, die Wirtin eines Kindes können ohne menschliche Beziehung biologisch vermengt werden. Die französische Philosophin Sylviane Agacinski spricht vom »corps en miette«, einem zerbröselten menschlichen Körper und besteht auf dem klaren Bedarf zweier Geschlechter zur Reproduktion der Gattung. Auch hierzu hat der Bundesgerichtshof 2017 ein klares Urteil gesprochen und den Anspruch einer bei der Geburt ihres (seines) Kindes zum Mann gewordenen Frau, als biologischer Vater anerkannt zu werden, eine Absage erteilt. »Ein Frau-zu-Mann-Transsexueller, der nach der rechtskräftigen Entscheidung über die Änderung der

Geschlechtszugehörigkeit ein Kind geboren hat, ist im Rechtssinne Mutter des Kindes« (BGH 6.9.2017). Das Urteil setzt der Virtualisierung des Geschlechts biologische Grenzen. Die Reproduktion der Gattung hängt nicht von Fragen der Geschlechtsidentität ab, so wie die Zugehörigkeit zu einem der biologisch komplementären Geschlechter nichts mit der Frage zu tun hat, ob Männer und Frauen faktisch Mütter oder Väter werden. Eine Mutter muss biologisch betrachtet zwar immer eine Frau sein, aber keine Frau muss Mutter sein.

In den 1990er Jahren hatte die sogenannte Queer-Theorie mit der als zwanghaft empfundenen Hetero-Normativität auch das biologische Geschlecht in Frage gestellt. Tatsächlich können wir mit Blick auf die Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung von einer Vielfalt an Möglichkeiten ausgehen. Anders sieht es bei der biologischen Funktion der Fortpflanzung aus. Allein aus diesem Grund ist die rechtliche Ausweisung eines dritten Geschlechts problematisch. Das obige Beispiel einer zum Mann gewordenen Mutter zeigt, dass die biologische Basis der Fortpflanzung mit Identitätszuschreibungen, jedenfalls solchen, die eine Person selbstbestimmt vornimmt, nichts zu tun hat. Noch immer können nur Frauen gebären.

Gefordert ist eine klare Unterscheidung zwischen den Kategorien des biologischen Geschlechts und geschlechtlicher Identität. Es gibt nur *ein* Menschengeschlecht, und das besteht aus zwei biologischen Geschlechtern. Gleichzeitig gibt es eine Vielzahl von Geschlechtsidentitäten. Die Vorstellung davon definiert in vielerlei Hinsicht die Sprache. Mit ihr, so hier das Plädoyer, das sich stark macht gegen eine Vermischung von biologischem Geschlecht und geschlechtlicher Identität gilt es nun allerdings auch, die Schaffung neuer kollektiver Identitäten zu vermeiden.

»Es gibt keine kulturelle Identität« ist der Titel eines schmalen Büchleins des französischen Philosophen François Jullien, in dem er als Gegenbegriff von Identität den der Fruchtbarkeit oder Ressource lanciert (Jullien 2017, 35 ff.). Das Buch ist aus zwei Gründen bemerkenswert. Zum einen zeigt es, wie wichtig in Zeiten der Globalisierung ein Abrücken von klassifizierenden kulturellen Differenzen und Grenzen ist. Kulturelle Identität – auch als Vielfalt gedacht – verstetigt das schließende Denken der Vergangenheit und ist kein Konzept einer offenen Zukunft. Dementsprechend zeigt Jullien, dass es für den Einzelnen unerlässlich ist, »sich im anderen zu entdecken, sich in der Gegenüberstellung sowohl zu erforschen als auch zu reflektieren. Will er sich selbst erkennen, bleibt er vom anderen abhängig und kann sich nicht auf das, was seine Identität wäre, zurückziehen.« (Jullien 2017, 40) Schon Luce Irigaray sprach einst vom Geschlecht, das nicht eins ist (*ce sexe qui n'en est pas un*). Kein Geschlecht lässt sich ohne das

andere denken. Jullien spricht vom aktiven Zwischen, »das weder das eine noch das andere ist«. In diesem Sinn ist der von der Bundesregierung eingebrachte Begriff »divers« für eine nichtidentitäre Geschlechtskonzeption ein sprachlicher Glücksfall, weil er das Beharren auf identitäre Gruppierungen verwirft. Diversität ist mit Identität eben nicht kompatibel.

Mit Blick auf den Bedarf an kulturellen Übergängen und Zwischenräumen eröffnet die aktuelle Rechtsdiskussion daher neue Chancen für die Selbstfindung des Einzelnen im reflexiven Zwischenraum zu historisch gewachsenen Gruppen. Vielleicht können Menschen, die zwischen den Geschlechtern stehen, für die Anforderungen einer globalisierten Welt sogar vorbildlich sein. In ihrer verworfenen Eigenart stehen sie nicht nur für das Problem der Ab- und Ausgrenzung, sondern für die schöpferische Freiheit des Grenzgängertums.

Indem das Bundesverfassungsgericht dem Begriff der Geschlechtsidentität den Vorrang gab, nivellierte es den Unterschied zwischen Geschlecht und Geschlechtsidentität. Nur dadurch konnte es sich auf nur *ein* weiteres Geschlecht verständigen. In seiner ansonsten gut nachvollziehbaren Argumentation erlaubte es sich eine Unschärfe. Aber ein sogenanntes drittes Geschlecht wäre einerseits eine Folge der Geschlechtsidentität, nämlich der Forderung dieser Identität einen Namen zu geben, und andererseits doch an die beiden Geschlechter als die materielle *Conditio sine qua non* der Existenz eines jeden Menschen gebunden. Der Begriff Geschlecht auf der Grundlage biologischer Evidenzen passt mit dem Konzept Geschlecht auf der Basis von selbstbestimmter Geschlechtsidentität letztlich nicht in ein Gesetz. Insofern ist dieses Gesetz eine praktische Notlösung und zugleich Denkanstoß in Anbetracht einer Sprache, deren bloße Grammatik die Geschlechtlichkeit der Menschen bezeugt und uns aus ihr nicht entlässt. Nach der Verabschiedung des Gesetzes kommt die Freiheit. Aber die schöpferische Diskussion unseres Denkens kann gleichwohl beginnen.

Literatur

- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2008): AGG-Wegweiser. Erläuterungen und Beispiele zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz.
- Asenijeff, Elsa (1898): Aufruhr der Weiber und das Dritte Geschlecht, Leipzig.
- BGH (2017): Beschluss vom 6. September 2017 – XII ZB 660 / 14 – Kammergericht Berlin AG Schöneberg.
- BMFSFJ (2017): Dokumentation Fachaustausch: Gesetzliche Handlungsbedarfe zur Anerkennung und zum Schutz geschlechtlicher Vielfalt. (16. Februar 2017) Begleitmaterial zur Interministeriellen Arbeitsgruppe Inter- & Transsexualität – Band 9. Berlin.
- Bruch, Peer (2006): Das dritte Geschlecht. In: suedasien.info. Januar.

- BVerfG (2017): Beschluss des Ersten Senats vom 10. Oktober 2017.
- BVerfG (2017a): Pressemitteilung Nr. 95 / 2017 vom 8.11.2017.
- Deutscher Bundestag (2018): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der in das Geburtenregister einzutragenden Angaben. Drucksache 19 / 4669.
- Feld, Eva (2005): Auf der Suche nach dem dritten Geschlecht. Wien.
- Ghattas, Dan Christian (2017): Interessiert an der Dritten Option? Fragen und Antworten zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Dritten Geschlechtseintrag vom 10.10.2017. OIIGermany.
- Gautier, Théophile (2011): Mademoiselle de Maupin. Aus dem Französischen übersetzt von Caroline Vollmann. Zürich.
- Habermas, Jürgen (1996): Kämpfe um Anerkennung – die Phänomene und die Ebenen ihrer Analyse. In: Ders.: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt a. M.
- Hergenhan, Jutta (2012): Sprache Macht Geschlecht. Sprachpolitik als Geschlechterpolitik. Der Fall Frankreich. Sulzbach / Ts.
- Hirschfeld, Magnus (1904): Berlins Drittes Geschlecht. Berlin.
- Hirschfeld, Magnus (2006[1933]): Weltreise eines Sexualforschers im Jahre 1931/32. Frankfurt a. M.
- Jullien, François (2017): Es gibt keine kulturelle Identität. Frankfurt a. M.
- Klöppel, Ulrike (2012): Medikalisierung »uneindeutigen« Geschlechts. In: APUZ 20–21.
- Plett, Konstanze (2015): Diskriminierungspotentiale gegenüber trans- und intergeschlechtlichen Menschen im deutschen Recht. Eine Expertise im Auftrag der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen Berlin, Fachbereich für die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI). Berlin.
- Schmitt, Peter-Philipp (2017): Das empfundene Geschlecht. In: FAZ, 08.11.2017.
- Syed, Renate: Weibliche Seele, männlicher Leib. In: NNZ 22.10.2002
- Taylor, Charles (1993): Die Politik der Anerkennung, in: Ders., Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt a. M.
- Wolzogen, Ernst von (1899): Das Dritte Geschlecht. Berlin.
- WRIT PETITION (CIVIL) NO.400 OF 2012, National Legal Services Authority ... Petitioner Versus Union of India and others ... Respondents WITH WRIT PETITION (CIVIL) NO.604 OF 2013, 11.
- Zanned, Lahzar (2005): Root formation and polysemic organization. In: Mohammad T. Alhawary & Elabbas Benmamoun (Hrsg.): Perspectives on Arabic linguistics XVII–XVIII: papers from the Seventeenth and Eighteenth Annual Symposia on Arabic Linguistics.